

PRESSEMITTEILUNG

14. Mai 2010

Keine Staatskohle für Vulkanasche

Wirtschaft lehnt Schadenersatz für Flugverbote ab

Berlin – Die Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull kehrt zurück und führt erneut zu Behinderungen des Luftverkehrs über Europa. Von den Flugverboten nach dem Vulkanausbruch im April war etwa die Hälfte der Unternehmen in Deutschland betroffen, wie eine Umfrage der IW Consult GmbH im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und der WirtschaftsWoche ergab. Trotzdem hält kaum ein Unternehmen staatlichen Schadenersatz für die wirtschaftlichen Folgen der Luftraumsperrung für sinnvoll.

Lediglich 3 Prozent der befragten Unternehmen sprechen sich dafür aus, dass der Staat im Fall einer erneuten „Vulkankrise“ Schadenersatz leisten sollte. Auch eine Pflichtversicherung für Naturgefahren hält nur eine Minderheit von 10 Prozent der Betriebe für sinnvoll. Dagegen spricht sich mehr als jedes zweite Unternehmen für eine Lockerung von Nachtflugverboten und Wochenendfahrverbote für LKW in einer solchen Situation aus. „Den Unternehmen ist ein unbürokratisches Krisenmanagement wichtiger als eine finanzielle Subvention“, sagt INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr. „Damit liefert die Vulkanaschewolke ein gutes Beispiel dafür, wie der Staat die Wirtschaft im Bedarfsfall unterstützen kann, ohne Geld auszugeben. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zur dringend nötigen Konsolidierung des Bundeshaushalts“, so Pellengahr weiter.

Bisher hat die Aschewolke nur wenig wirtschaftlichen Schaden angerichtet. Große Unternehmen haben sie allerdings deutlich stärker zu spüren bekommen als kleinere Betriebe: Mehr als zwei Drittel der Betriebe mit mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz mussten deswegen Geschäftsreisen absagen, bei 40 Prozent dieser Unternehmen führte sie zum Ausfall von Konferenzen oder Messen, jeweils knapp ein Viertel der Großunternehmen musste Verzögerungen bei Zulieferungen oder Auslieferungen hinnehmen. Lediglich 17 Prozent von ihnen gaben an, dass der Vorfall keine Auswirkungen auf ihr Unternehmen hatte.

Ende April 2010 wurden 735 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen durch die IW Consult GmbH befragt. Damit ist die Befragung bezogen auf die Anzahl der Unternehmen repräsentativ für einen Großteil der deutschen Wirtschaft.

Pressekontakt:

Konrad Handschuch, WirtschaftsWoche, Tel. 0211-8872-118, konrad.handschuch@wiwo.de
Christoph Windscheif, INSM, Tel. 030-27877-177, windscheif@insm.de